

**Katja Keul: Rede zum Wahlkampfauftakt in  
Obernkirchen, 10.08.2013**

Liebe Christina, lieber Christopher, liebe Antje,  
liebe Kolleginnen und Kollegen aus Landtag und Bundestag  
liebe Freundinnen und Freunde, liebe Gäste,

Der Countdown läuft: noch 6 Wochen bis zur Abwahl der schwarz-gelben Bundesregierung.

Man sagt Kanzlerin Merkel ja nach, sie habe Humor. Da muss was dran sein. Anders ist es nicht zu verstehen, wenn sie in Anbetracht der Bilanz der letzten 4 Jahre behauptet, dies sei die beste Bundesregierung aller Zeiten gewesen.

Das kann man dann wohl zu Recht als „schwarzer Humor“ bezeichnen!

Nichts, aber auch gar nichts haben sie hinbekommen, wobei man ja teilweise froh sein muss, dass sie das, was sie ursprünglich wollten, nicht umgesetzt haben, wie Steuern senken und Laufzeiten verlängern. Das einzig Vernünftige haben sie gegen ihren Willen gemacht: den Atomausstieg.

Selbst den kleinen Lichtblicke in ihrem Koalitionsvertrag haben sie keine Chance gelassen: der Abzug der Atomwaffen aus Deutschland oder die rechtliche Gleichstellung der Lebenspartnerschaften.

Von großen Vorhaben, wie die Energiewende, ganz zu schweigen!

Jetzt hängt es mal wieder an uns, den Wählerinnen und Wählern zu erklären, dass man die Energiewende nur schaffen kann, wenn man auch den politischen Willen dazu hat und nicht die Kanzlerin der Energiekonzerne.

Dass es nicht am EEG liegt, wenn der Strompreis steigt, sondern an den Ausnahmen für die Industrie! Dass der Strom in Wirklichkeit billiger geworden ist und die Kohle- und Atomkraftwerkbestreiber deswegen Sturm laufen gegen die Erneuerbaren!

Die Wahrheit ist nicht immer die einfachste Botschaft, aber mit ihrer versuchten Volksverdummung lassen wir Angela Merkel nicht durchkommen!

Wo immer ein Problembewusstsein in der Öffentlichkeit auftaucht, tut sie alles, um die Lösung zu vertuschen!

Ein gesetzlicher Mindestlohn ist eben kein Mindestlohn, wenn man wie Merkel tarifliche Abweichungen nach unten zulassen will.

Unser Mindestlohn wird gerade deswegen ein gesetzlicher sein, damit man sich nicht irgendwie drunter durch mogeln kann!

Genauso wenig ist es eine Mietpreisbremse, wenn Merkel gerade für Neuvermietungen keine Regelung im BGB vornehmen will.

Auch eine Flexiquote ist keine Frauenquote!

Eine Frauenministerin, die erfolgreich die Quote verhindert!

Das ist sogar für das Kabinett Merkel eine herausragende Verirrung!

Es ist auch keine Wahlfreiheit für junge Eltern, wenn man die ungenügende Betreuungsinfrastruktur durch eine Zahlung eines Betreuungsgeld überdeckt.

Dieses Betreuungsgeld werden wir unter Rot-Grün umgehend wieder abschaffen und die Milliarde in den Kita-Ausbau stecken!

Überhaupt: die Familienpolitik! Ein einziges Nirwana: die ganze Legislatur über hieß es, wir begutachten gerade die Effektivität von Familienleistungen.

Am Ende ergibt das Gutachten überraschenderweise: Die Reichen werden in Deutschland mehr gefördert als die Armen und das Kindergeld ist für einen sozialen Ausgleich besonders schlecht geeignet. Ach!

Diese Erkenntnis hindert das Gruselkabinett Merkel überhaupt nicht daran, jetzt die Erhöhung der Kinderfreibeträge und ein Familiensplitting zu fordern, ohne auch nur ein Wort zur Finanzierung zu sagen.

Beides sind hervorragende Steuersparmodelle für Wohlverdienende.

Die Erhöhung der Kinderfreibeträge greift ohnehin erst ab 60.000 aufwärts.

Wir wollen mit der Kindergrundsicherung genau das Gegenteil: wir wollen damit die Kinderfreibeträge vollständig ersetzen – nur so erreichen wir, dass arme Kinder dem Staat endlich gleich viel Wert sind wie reiche Kinder und weniger Familien Hartz IV beziehen.

Das ist nicht nur finanzierbar, sondern auch gerecht.

Am meisten loben sich Merkel und Schäuble dafür, dass sie angeblich weniger Schulden gemacht haben.

Dabei verschweigen sie geflissentlich, dass uns die Zinsen, der drittgrößte Posten im Bundeshaushalt, nur wegen der Finanzkrise bislang nicht um die Ohren geflogen ist!

Schwarz-Gelb hat in 4 Jahren die Gesamtverschuldung des Staates von 60 auf 80 % des BIP, d.h. auf 2 Billionen Euro hochgefahren.

Für diese neuen Schulden zahlen wir derzeit so gut wie keine Zinsen – teilweise erhält Deutschland sogar Geld dafür, dass es welches annimmt, denn das Geld strömt geradezu aus den Krisenländern nach Deutschland.

Nur deshalb geben wir für unseren Schuldenberg jährlich nach wie vor etwa 33 Mrd. Euro aus.

Steigen die Zinsen auch nur um 1 % macht das allein im Bundeshaushalt 12 Mrd. Euro aus. Das ist fast soviel, wie wir jährlich für Bildung und Forschung ausgeben.

Die Merkelsche Europapolitik ist genau so nachhaltig wie ihre Wahlversprechen.

Die deutsche Wirtschaft brummt, weil um uns herum alles zusammenbricht.

Die Deutschen fühlen sich so einigermaßen sicher und glauben vielfach, das sei Merkels Verdienst.

Ein solches Wachstum aber ist auf Sand gebaut. Wir können nicht länger auf Kosten unserer europäischen Nachbarn leben.

Wenn wir das Ungleichgewicht in Europa nicht in den Griff bekommen, ist das größte Friedenprojekt aller Zeiten ernsthaft in Gefahr.

Merkel hat keine europäische Vision und keine europäische Botschaft.

Auch bei der Finanzmarktregulierung mussten wir sie aus der Opposition heraus zum Jagen tragen: sei es bei der Finanztransaktionsteuer, sei es bei der Schuldenbremse für Banken.

Die Kanzlerin will in Südeuropa Wasser predigen und zu Haus Wein versprechen, um sich über die Wahl zu retten. Damit verspielt sie viel Glaubwürdigkeit in Europa!

Glaubwürdigkeit heißt für uns Grüne, den Menschen auch vor einer Wahl reinen Wein einzuschenken:

Mit Ausgabenkürzung und Streichung von Subventionen allein werden wir die Schuldenbremse nicht einhalten, geschweige denn den Schuldenberg abtragen können.

Wir wollen deswegen eine moderate Einkommensteuererhöhung für die oberen 10 % und eine einmalige Vermögensabgabe für Millionäre, die wir zweckgebunden für die Schuldentilgung verwenden.

Ein Großteil der Neuverschuldung diene nämlich just der Rettung großer Vermögen. Mit unserer Abgabe geben wir den Vermögenden die Gelegenheit, sich an den Kosten ihrer eigenen Rettung zu beteiligen.

Nach dem großen Aufschrei der üblichen Verdächtigen hat sich gezeigt, dass 1.) niemand unsere Zahlen widerlegen konnte und 2.) unsere Anhänger mit Umfragewerten bewiesen haben, dass sie eben gerade diese unsere Glaubwürdigkeit zu schätzen wissen.

Die Glaubwürdigkeit Deutschlands ist hingegen auch in der Außenpolitik nicht mehr die beste.

Im Jahr 2000 haben wir Grüne mit der Rüstungsexportrichtlinie erstmals die Menschenrechte zum Kriterium bei der Genehmigung von Rüstungsexporten gemacht. Wir haben allerdings erleben müssen, dass diese freiwillige Selbstverspflichtung nicht ausreichte.

Dass Merkel jetzt aber gerade **die Staaten** mit modernstem Kriegsgerät ausrüstet, die weltweit in bewaffneten Auseinandersetzungen mitmischen, nur weil das die zahlungskräftigsten Kunden der deutschen Rüstungsindustrie sind, ist schlicht unerträglich!

Für die Morde und Massaker an den Zivilisten in Syrien, einschließlich tausender Kinder sind Katar und Saudi Arabien unmittelbar mit verantwortlich!

Wir dürfen diese Quelle des islamistischen Terrors nicht aufrüsten!

Das übertrifft bei weitem sämtliche Deals, die wir letztes Mal unter Rot-Grün als kleiner Koalitionspartner schlucken mussten.

Aber diesmal sind wir vorbereitet: mit unserem Rüstungsexportkontrollgesetz wollen wir transparentere Verfahren, parlamentarische Kontrolle und das Menschenrechtskriterium gesetzlich verankern. Und wir haben die Oppositionszeit genutzt, die Sozialdemokraten soweit wie möglich ins Boot zu holen, damit es bei den Koalitionsverhandlungen keine Überraschungen gibt.

Und was wir in diesem Zusammenhang auch angehen werden, ist das militärische Beschaffungswesen: was wir jetzt im UA zum Euro Hawk an Einblick gewinnen konnten, ist nur die Spitze des Eisberges! Der Militärhaushalt als Selbstbedienungsladen der Industrie – und ein Minister, der sich nicht interessiert, wie die Milliarden ausgegeben werden - das wird es mit uns nicht geben!

Angeblich will Westerwelle jetzt auch mehr Transparenz bei Rüstungsexporten: aber wieder handelt es sich um eine Mogelpackung: ein geheimes Kontrollgremium, wie bei den Geheimdiensten, hat mit Transparenz nicht zu tun!

Was nützt es mir als Parlamentariern, wenn meine Kollege Ströbele in diesem Gremium von den Diensten so geheim informiert wird, dass er seinen KollegInnen nichts berichten darf?

Beim Verfassungsschutz hat man ja nach dem NSU-Drama den Eindruck, dass der sich ohnehin nur von seinen V-Leuten am Nasenring hat herum führen lassen.

Heute wissen wir, dass wir besser mal bei der NSA nachgefragt hätten!

Wozu brauchen wir noch einen Inlandsgeheimdienst, wenn die Amerikaner uns diese Aufgaben ohnehin abnehmen?

Liebe Freundinnen und Freunde,

Es ist höchste Zeit umzusteuern:

Wir können es ökologischer, friedlicher und gerechter!

Die Wählerinnen und Wähler müssen wissen, dass **nur** eine Stimme für Grüne auch wirklich eine Stimme gegen Merkel ist.

Das ist unser Alleinstellungsmerkmal in diesem Wahlkampf!

Starke Grüne in einer rot-grünen Koalition sind die einzige Alternative zu einer großen Koalition.

Dafür werden wir in den nächsten 6 Wochen kämpfen: landauf, landab, auf den Straßen und in den Wohnzimmern – zu Lande, zu Wasser und wenn es sein muss auch in der Luft.

Ich freu mich drauf. Auf geht's!